

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P, für das deutsche Reich und ganz Österreich 9 M incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. S. Mohren-
straße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Beizettel:
Morgen-Ausgabe 4-gespaltig 40 P. Columnen
resp. deren Theile 300 M u. f. w.
Abend-Ausgabe 3-gespaltig 60 P. — Restame,
3-gespaltig 1 M 50 P. — Columnen 450 M u. f. w.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 11. Februar.

11 Uhr. Am Ministerische: Magbach, Hunsen u. A.
Die Beratung beginnt mit der zweiten Lesung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. Bei den Einnahmen Kap. 9 Bergwerks-Produkte 67 066 755 Mk., gegen das Vorjahr weniger 1 333 823 Mk., bemerkt

Abg. Dr. Katorp: Der Voranschlag ist nach denselben Grundsätzen aufgestellt, wie der vorjährige und er kann daher kein günstiger sein, denn das Jahr 1886 stellte sich wirtschaftlich weit schlechter noch als seine Vorgänger; darum halte ich es für gerechtfertigt, daß die Regierung eine Mindereinnahme in Aussicht genommen hat. Man könnte darüber streiten, weil sich eine kleine Besserung bemerkbar macht, aber es ist doch besser, sich dieser günstigeren Gestaltung gegenüber einigermaßen skeptisch zu verhalten. Namentlich empfindlich ist der Rückgang im Kohlen- und Eisenbergbau, so daß der Ertrag pro 1886 nur um 50 000 Ctr. höher als 1885/6, nämlich auf 5 690 000 Ctr. hat veranschlagt werden können; der Rückgang von 746 Kf. auf 740 Kf. bedeutet eine Mindereinnahme von 650 000 Mk. Beim Eisen hat eine Verminderung der Produktion von 102 000 Ctr. auf 83 000, d. h. um 20 Proz. in Aussicht genommen werden müssen; der Preisrückgang ist hier ein noch viel stärkerer gewesen von 720 Mk. auf 6 Mk. pro Tonne, und in Düsseldorf von 8,50 Mk. auf 7,20 Mk., und während wir in früheren Jahren hier noch einen Heberschuß von 31 000 Mk. bezogen, bedarf es diesmal eines Zuschusses von 79 000 Mk. Deshalb erheben wir, daß der Minister für den Erztransport von der Bahn und Sieg eine erhebliche Ermäßigung der Frachttarife eintreten lassen möchte; dafür würden wir ihm sehr dankbar sein, denn es würde den deutschen Erzen einen Kampf mit den spanischen, der jetzt noch ganz aussichtslos ist, ermöglichen. Der Privatbergbau ist im Allgemeinen in günstiger Lage, denn er arbeitet unter besseren Verhältnissen als der Staatsbetrieb und dennoch leidet er schwer. Der Rückgang in Steinkohle für 1886 ist ein bis jetzt noch nicht dagewesener, denn er beträgt für das westliche Ruhrgebiet in 1885—86 500 000 Tonnen und der Preisrückgang ist gleichfalls herab. Es wäre aber falsch, dies auf eine Verminderung des Verbrauchs an mineralischen Brennstoffen zurückzuführen, im Gegenteil ist dieser trotzdem gestiegen. Allerdings steht Deutschland gegen andere Länder noch weit im Verbrauch an mineralischen Brennstoffen zurück. In England werden jährlich pro Kopf der Bevölkerung verbrannt 4186 Kilogr., in Belgien 3105 Kilogr. und in Deutschland nur 1538 Kilogr. Der Rückgang im Steinkohlenablaß liegt in der Verengerung des Absatzgebietes für deutsche Kohle, die Abfuhr des Westens nach Belgien ist allein gesunken von 814 000 Ctr. in 1884 auf 808 000 Ctr. in 1885 und sogar in 1886 auf 542 000 Centner. Die finanziellen Ergebnisse der Staatswerke lassen sich mit denen der Privatbetriebe nicht vergleichen, aber die der letzteren geben ein Bild der Lage. Bei 21 Aktiengesellschaften des niederheinisch-westfälischen Bezirkes mit einem Aktienkapital von 157 Millionen Mark ist im Ganzen ein Ertrag von 2,81 Proz. erzielt worden, das giebt für die Tonne 55 Pf. In Folge dessen sei es nötig, daß sich der Minister den Bestrebungen, welche auf Abregulierung der Förderung, gleichmäßiger Produktion derselben, sowie Abänderung des Statuts dahin, daß es für alle Gewerkschaften ausnahmslos bindend wird, gerichtet sind, geneigt zeige, damit die zweifellos herannahende Krise besser überstanden werden könne.

Abg. Ketschka: Ich habe die Uebersicht des Etats aus dem obersteilsten Kohlen- und Eisenbergbau und beklagt, daß die Steuere der Staatsverwaltung noch lange nicht das gelte, was der Bergwerksbetrieb auf die eigentliche Höhe seiner Leistungsfähigkeit bringen würde, und was man in anderen Gegenden, wie am Rhein, durch Regelung der Eisenbahnfrachten dahin, daß die Schiffahrt am Kohlen- und Erztransport teilnehmen könne, getan habe.

Abg. Schmieding (M.): Die wichtigste Frage für uns ist: wie ist dem Rückstände des Bergbaus abzuheben? Es handelt sich da einerseits um Beschränkung der Produktion, andererseits um Abänderung des Absatzes. Wir haben über beides bereits im vorigen Jahre gesprochen, und es sind auch in ersterer Beziehung bereits Versuche zu einer Einigung in Bezug auf die Beschränkung der Produktion gemacht worden. Sudeß ist es bisher nicht gelungen, die Kräfte unter einen Hut zu bringen. Es wird jetzt weiter an einer Einigung gearbeitet, und ich bitte den Herrn Minister, dabei seine Mitwirkung nicht zu verweigern. Die Erhöhung des Absatzes ist bisher nicht eingetreten, im Gegenteil, der Absatz ist noch zurückgegangen, und das liegt an unserer Tarifpolitik. Unsere Eisenbahntarife sind nicht herabgesetzt worden, während im Ausland dies geschehen ist. Dadurch wird unseren Produzenten gegenüber den ausländischen die Konkurrenz erschwert. Es ist daher kein Wunder, wenn in den Kreisen der Montanindustrie ein immer größerer Mißmutz Platz greift, und daß man, trotz der gegenwärtigen Folgen des Staatsbankrotts für das Land im Allgemeinen, sich doch zurückzieht nach den Reichthümern des Rheins, den Privatbahnen. Ich möchte den Minister bitten, dem endlich den Wünschen der von dem Reichthum Betroffenen ein geneigtes Ohr zu schenken. (Beifall.)

Minister der öffentlichen Arbeiten Magbach: Was die von dem Vorredner angerathenen Tariffragen betrifft, so habe ich schon im vorigen Jahre und auch neuerlich bei Diskussionen des Eisenbahnetats darauf verwiesen, wie ich glaube, daß Tariffragen behandelt werden müßten und wie sie behandelt werden müßten in den westlichen Provinzen. Ich glaube nicht, daß heute der Ort ist, um Eisenbahntariffragen hier zu diskutieren. (Sehr richtig! rechts.) Es ist eine zufällige Personalmischung, wenn der Bergwerksminister zugleich Eisenbahnminister ist. Ich kann dem Abgeordneten also nur auf seine Wünsche erwidern, daß ich das, was in jenen Gegenden gewünscht wird, dem Chef des Eisenbahnwesens mittheilen werde (Heiterkeit) und daß der Chef des Eisenbahnwesens sich überlegen wird, ob er die Berücksichtigung dieser Wünsche verantworten kann angesichts der wichtigen Interessen, welche auf dem Gebiete maßgebend sind. Nur eins glaube ich bemerken zu dürfen. Wenn der Abgeordnete von Milderkeit und Verhütung spricht, die in jenen Kreisen herrscht, die ja auch in gewissen Organen der Presse ihren Ausdruck findet, das muß ich doch glauben, daß man doch etwas zu weit geht, und die Sache zu einseitig und zu einseitig beurtheilt unter dem Druck der augenblicklichen Verhältnisse. Ich bin ja, wie ich neulich schon erklärt habe, wenig empfänglich gegen derartige Anschauungen, selbst wenn sie nützlich und wenig verwerfliche Formen annehmen; allein nichts desto weniger muß man sich dort doch fragen, ob man nicht angesichts dieser Situation, wie sie leider besteht, etwas wünschuldiß ist und diesen Vorwurf kann ich denjenigen, welche selbst laute Klagen erheben, nicht ersparen. Sie sind daran mitschuldig. Ich bin in dieser technischen Frage nicht Sachmann; aber von Sachverständiger Seite wird mir gesagt, daß die ganze Organisation des Bergbaus im Rheinisch-Westfälischen Bezirk in ihrer Zersplitterung in 189 oder 190 Centren mit einer großen Anzahl von förmlichen Verwaltungen, mit ihrer nicht genügenden Ausnutzung der maschinellen Einrichtungen, eine nicht richtige sei. Wenn die jetzt vorherrschende Ueberproduktion so weiter besteht und man nicht für eine bessere Regelung der Produktion sorgt, dann dürfte es nicht ausbleiben, daß die Kalamität eine immer größere wird. Man wird verlangen, daß die Folge einer in den westlichen Provinzen bestehenden Kalamität, die aber in allen anderen Provinzen auch besteht, sich ausgleicht auf Kosten des Staates. Ich bin ganz damit einverstanden, daß die Regierung die Pflicht hat, so weit es irgend möglich ist, in Bezug auf den Export entgegenzukommen, in Bezug

auf Erleichterungen des Transportes nach allen Richtungen hin, aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir es nicht mit einzelnen Gebieten zu thun haben (Sehr richtig! rechts), sondern auch mit andern, für die wir sorgen müssen. Mir persönlich liegt das Gebiet, für das sich der Vorredner interessiert, sehr am Herzen, aber nichtsdestoweniger läßt es sich nicht rechtfertigen, daß ich auf dieses Gebiet mein besonderes Augenmerk richte und ihm Erleichterungen zuwende, die ich anderen nicht zuwenden kann. Ich habe im vorigen Jahre erwähnt, daß die Befriedigung der dort gedrückten Wünsche in unserer Staatskasse einen Anfall von 22½ Millionen herbeiführen würde, ich kann noch weiter hinzufügen, daß wir, wenn die dort gewünschten Maßregeln auf den ganzen Bergbau ausgedehnt würden, über 35 Millionen Nettoertrag einbringen würden. Dann würden auch auf andern Gebieten ähnliche Wünsche zu Tage treten, und wir vor einer Finanzlage stehen, die nach meiner Ansicht kein preussischer Minister verantworten kann, weder ich noch mein Nachfolger, den man vielleicht auf dieser (nach links) Seite bald zu sehen wünscht. (Unruhe.) Wir dürfen doch das Staatsbankrottsystem nicht durchführen zum Schaden unserer Finanzen und zum Nachtheil der Steuerzahler. So lange ich es kann, werde ich es verhindern, daß die Steuerzahler belastet werden zu Gunsten einzelner Interessenten und Verbände. Ich wiederhole, ich werde es beim Chef des Eisenbahnwesens befürworten, daß man nach Möglichkeit auf die Verhältnisse der betreffenden Verhältnisse Rücksicht nimmt; aber ich werde dem Chef des Eisenbahnwesens nie etwas zuunutzen, was er nach seiner Kenntnis der Verhältnisse andern Industriezweigen und andern Landestheilen gegenüber nicht verantworten kann.

Der Abgeordnete hat dann von einem Mittel gegen die Ueberproduktion gesprochen, nämlich von einer Statutenänderung der Bergwerksvereine. Dieser Vorschlag wird unserer Prüfung unterliegen. Ich bin geneigt, mich über diesen Vorschlag mit dem Minister für Handel und Gewerbe in Verbindung zu setzen, und da eine Verlegung von diesem hierüber noch nicht vorliegt, kann ich nicht sagen, wie das Schlußresultat sein wird. Daß die Herren selbst der Meinung gewesen sind, daß der Bergbauminister nicht allein über die Sache zu entscheiden habe, geht daraus hervor, daß sie den Minister für Handel und Gewerbe gebeten haben, seinerseits in eine Prüfung dieses Vorschlags einzutreten. Warten wir also das Ergebnis ab und sehen wir zu, was der Erfolg sein wird, wenn die Sache ins Leben tritt. Soweit ich übersehen kann, wird dieser Beschluß nach gewissen Richtungen hin recht nützliche Erfolge haben. Ich will aber auch erwähnen, daß wir von anderer Seite Widerspruch dagegen angegangen ist. Im allgemeinen will ich noch erwähnen, daß die Bergbauverwaltung ein aufmerksames Auge auf die Verhältnisse in den einzelnen Landestheilen, besonders auf die Verhältnisse der Arbeiter, gerichtet, und daß ich für jede Anregung, die mir gegeben wird, zur Hinderung auf diese oder jene Verhältnisse dankbar bin und meinerseits mich bemühen werde, nach Kräften abzuheben. Nur bitte ich Sie, etwas Geduld zu haben. (Beifall.)

Abg. Dr. Sammler (nat.-lib.): Der Abg. Ketschka sprach den lebhaftesten Wunsch aus, daß unsere Staatsregierung lebhafter und rascher als bisher im Interesse der Montanindustrie auf Verbesserung und Regelung des Oderbezirks Rücksicht nehmen müsse. Ich theile diesen Wunsch und habe ihn stets lebhaft unterstützt. Aber der Abg. Ketschka hat dabei gewisse Gegenstände gegen den Westen hervorgehoben; er sagte, am Rhein gesehe alles Mächtige, um die Montanindustrie zu fördern. Was er anführte, war keineswegs geeignet, in die Debatte gebracht zu werden. Denn die Hafenbauten von Ruhrort haben bisher der Staatskasse keinen Groschen gekostet; alle Kosten sind bestritten worden aus den Ueberschüssen der Einnahmen über die Ausgaben. Darin bezog sich der Abg. Ketschka auf die von der Berg- und Hüttenverwaltung für 1885—86 gegebenen Tabellen über die Höhe der Abgabe in einzelnen Distrikten. Zu meinem Bedauern geben aber diese Zusammenstellungen nicht überall eine ausreichende Grundlage für eine vergleichende Beurteilung der Arbeiterlohnfrage. So sind zum Beispiel für den Oberbergwerksbezirk Dortmund die Löhne für die Förder- und Hauerleute unter Tage ermittelt worden; ausgeschlossen sind also von dieser Lohnstatistik die Löhne der Tagesarbeiter und, wie der Abgeordnete Ketschka bereits hervorhob, die Löhne der Frauen und Kinder. Die Löhne für den Oberbergwerksbezirk Dortmund dagegen sind zusammengestellt aus der Gesamtsumme sämtlicher Löhne, sowohl der eigentlichen Bergleute, als der über Tag beschäftigten Personen, und danach ist der Durchschnittslohn ermittelt worden. Im Bezirk Saarbrücken findet die Berechnung auf wesentlich denselben Grundlagen statt, allein es ist aus den Tabellen nicht ersichtlich, daß die Schichtdauer in Saarbrücken größer ist, als in Dortmund. Als ich in der Kommission die Frage anregte, gaben die Regierungskommissionen die Auskunft, daß in Westfalen die Schichtzeit 8 Stunden, in Saarbrücken 10 Stunden dauere, man kann also eine Vergleichung nicht anstellen; man müßte, von Westfalen mit Saarbrücken zu vergleichen, die tatsächlichen Löhne kennen, wie sie sich aus den Schichten und Ueberschüssen ergeben. Endlich ist aus dem Bergwerksbezirk Halle eine Tabelle vorhanden, von der die Kommission anerkennen müßten, daß sie nicht auf obsoleten sicherer Grundlage beruht. Diese Tabellen nügen also zu nichts und führen zu Trugschlüssen, und ich möchte die Regierung dringen ersuchen, daß sie uns künftig auf einseitigen Grundlagen aufgebauete Tabellen gütig, namentlich auch über die Frauen- und unterirdischen Arbeiter. Nur so werden wir ein ausreichendes Material erlangen. Einen Beeth haben diese Tabellen für uns insofern, als aus ihnen hervorgeht, daß im Laufe der letzten Jahre die bei den Montanwerken unseres Landes verdienten Löhne zum Theil gar nicht, zum Theil nur unmerklich zurückgegangen sind. Das ist um so erschwerlicher, als ja die Montanindustrie in den letzten Jahren unter sehr schwerem Druck gestanden hat.

Nach diesen Bemerkungen muß ich mich noch mit einigen Worten an den Minister wenden. Ich muß bekennen, daß ich in der Antwort des Ministers den Ausdruck des objektiven Wohlwollens, wie es der Minister eines Staates haben muß, erkenne. (Sehr richtig!) Es ist aber übertrieben, wenn der Minister glaubt, daß seitens der niederrheinischen und westfälischen Interessenten in der wüsten und allgemeinen Weise Anforderungen an den Eisenbahnbau gestellt würden, die einen Anfall in den Staatseinnahmen von 20 bis 30 Millionen herbeiführen würden. Bereits im vorigen Jahre gestattete ich mir, den Minister der öffentlichen Arbeiten darauf aufmerksam zu machen, daß diese Wünsche nicht von den Montan-Industriellen ausgehen, sondern von Eisen-Industriellen, und daß es sich dabei nicht um Verbesserung und Tarifierung der Bergwerksprodukte handelt, sondern derjenigen Rohmaterialien, die für die Eisenindustrie erforderlich werden. Sodann meinte der Minister, es sei die Frage, ob denn nicht die Interessenten selbst Schuld tragen an der jetzigen Kalamität. Nun, wenn der Minister diese Schuld anerkennt und sie namentlich darin finden will, daß im rheinisch-westfälischen Bergwerksbezirk etwa 190 Kohlenbergwerke bestehen, daß eine Ueberproduktion stattfindet, so weiß ich nicht, ob nicht der Minister überseht, daß, insofern von einer Schuld die Rede sein kann, diese in der Gesetzgebung gesucht werden muß. Die Gesetzgebung hat die Bergwerke freigegeben; sie hat jedem einzelnen Bergwerksbesitzer die Befugnis erteilt, eine beliebige Förderung vorzunehmen. Daran entstand der thatsächliche Zustand, wie er jetzt im ganzen Lande und speziell im Oberbergamtsbezirk Dortmund vorliegt. Der Herr Minister greift also die ganze jetzige Produktionsweise, die doch auf der Grundlage der freien Konkurrenz ruht, an. Ich habe wiederholt hier meine volkswirtschaftliche Auffassung dahin kundgegeben, daß einerseits vielen Gebieten unseres wirtschaftlichen Lebens in Folge der freien Konkurrenz entgegenstehende Zerstörung nur durch die Gesetzgebung des Landes oder durch die verständnisvoll geleitete Thätig-

keit der bei der Produktion betheiligten Personen. Der Herr Minister kann nun mit seinem Anspruche den nothleidenden Industriellen Rheinlands und Westfalens nicht den Vorwurf haben machen wollen, daß sie nicht den nothigen Fleiß aufwenden, um durch eine auf freiem Uebereinkommen beruhende Beschränkung der Produktion sich in bessere Zustände zu versetzen; denn wenn irgendwo in der Monarchie, so ist von den Montanindustriellen des Oberbergamtes der Versuch gemacht worden, sich selbst zu helfen. Sie haben sich stets auf ihre eigene Kraft verlassen. Zu diesem Zwecke haben sie zur Förderung einer beschränkten Produktion ein Kartell zu wiederholten Malen abgeschlossen und neuerdings versucht, auf der Grundlage der sogenannten Bergwerkskassensachen, einer gesetzlichen Institution, durch die Verabreichung der Ueberproduktion über eine gewisse Höhe hinaus mederend auf die Produktion einzuwirken.

Sofern man gewisse Organe der Presse als Organe der Regierung anzusehen berechtigt ist, so bewegen sich doch derartige Bestrebungen genau auf der Linie der Anschauungen, die unsere maßgebenden regimintellen Kreise in Preußen bezeichnen. In den letzten Jahren ist in voller Uebereinstimmung mit meinen wirtschaftlichen Anschauungen in der „Nordd. Allgem. Zeitung“ wiederholt ausgeführt worden, daß der Ueberproduktion in gewissen Industriezweigen unseres Landes nur dadurch entgegengetreten werden könne, daß die dabei betheiligten Personen sich über die Höhe der Produktion, beziehungsweise über gewisse Einschränkungen derselben verständigen. Selbst in der „Chronik“ ist dieser Gedanke klar und unabweisend zum Ausdruck gebracht worden. Deshalb möchte ich hoffen, daß die Worte des Ministers nach dieser Richtung hin nicht anders gedeutet werden können, daß der Minister seinerseits schon jetzt fest entschlossen ist, jene Bestrebungen der Montanindustrie Rheinland-Westfalens durch die Genehmigung ihrer desfallsigen, auf Gesetz beruhenden Anträge zu unterstützen. Wenn die Industriellen sich gleichgültig an den Minister des Handels wenden, so geschah das aus dem Grunde, weil dabei auch weitere wirtschaftliche Interessen, die der Konsumenten in Frage kommen. Der Hauptkonsument für die Kohlenindustrie unseres Landes ist der Eisenbahnbau; ein weiterer und einer der größten die gesamte Eisenindustrie, und wir haben bei unseren desfallsigen Bestrebungen nicht verkannt, daß, wenn es ermöglicht würde, durch derartige Koalitionen einen Mißbrauch zu treiben und die Preise so hoch zu steigern, daß die Interessen der Konsumenten verfehlt würden, daß dann das Staatsinteresse den Ausschlag geben müsse, und aus diesem Grunde auch die Zustimmung des Ministers für Handel und Gewerbe sei, um mit so tiefeliegenden und prinzipiellen Maßnahmen vorgehen zu können. Wir müssen überhaupt die Mittel erwägen, die zur Hebung gewisser Erwerbs- und Betriebszweige des Landes erforderlich sind; wir müssen alle Privatmittel im Betracht ziehen, wir müssen die Hilfe des Staats in gewissen Punkten ersuchen und erlangen — alles das wird niemals gründlich helfen. Die Besserung der gesamten wirtschaftlichen Thätigkeit in unserem Lande können wir nur gewärtigen von einer allgemeinen Hebung des Wohlstandes, von der Verbesserung feldlicher Verhältnisse. Dann wird es besser werden, dann wird auch die Montanindustrie bessere Erträge haben, als es bisher der Fall war (Beifall).

Abg. Dr. Zeelig (Chr.): Wir leiden noch immer unter den Folgen der Ueberproduktion der Schwindschheit der letzten Jahre, diese hat einen großen Theil der jetzigen Kalamität verschuldet. Es ist aber nicht richtig, wenn Herr Sammler sagt, daß Deutschland über große Vorräthe von Kohlen hätte und es daher machen sollte wie England. Wenn unsere Kohlenvorräthe einmal erschöpft sind, und das kann einmal eintreten, was soll dann werden? Wir dürfen unsere Vorräthe also nicht verschleudern. Das wird aber herbeigeführt, wenn die Eisenbahnen mit eigenem Verlust es der Montanindustrie ermöglichen, ihre Produkte an das Ausland abzugeben.

Abg. Dr. Adenbach (freik.): Ich erkenne an, daß, wenn die Möglichkeit vorliegt, die Interessen einer Gegend zu fördern, es Pflicht der Regierung ist, eine Förderung derselben herbeizuführen. Aber die Möglichkeit hat doch eine Grenze. Mit Recht hebt der Herr Minister hervor, daß er nicht nur Minister eines Bezirkes ist, sondern auch mit gleicher Insofern für andere Landestheile seine Pflicht zu erfüllen habe. Ich will nur die Herren aus Westfalen daran erinnern, daß auch andere Gegenden die heutige Noth mit ihnen theilen und daß auch zahlreiche Wünsche bestehen, welche ebenfalls dem Herrn Minister zur Entscheidung vorliegen und von denen möchten, wenn der Herr Minister finanziell in der Möglichkeit sein sollte, unsere Anträge in Aussicht zu stellen, meiner Ansicht nach gerade diese in erster Linie zu berücksichtigen sein. Ich vermag nicht zu ermessen, inwieweit der Staat im Staube ist, den Wünschen aus meiner Heimat Rechnung zu tragen, aber ich weiß, wenn dies der Fall wäre, der Herr Minister gern dies thun würde. Ich wünsche aber und spreche geradezu die Ansicht aus, daß er diejenigen Anträge, die von uns (Gegens) kommen, eher berücksichtigen möge, als diejenigen, welche zur Zeit aus Westfalen ihm überantwortet worden sind. Wir kämpfen um die Erlangung auf einem natürlichen Absatzgebiete. Das, was von westfälischer Seite herüber, berührt vielfach Gebiete, wo nur auf eine künstliche Weise die westfälische Industrie ihrerseits sich Geltung verschafft hat, auf Gebiete, die zu ihrem natürlichen Absatz nicht mehr gehören. Ich lasse dies bei Seite, mit liegt mir ob, zu verklären, daß man dem Herrn Minister aus unserem Bezirke volles Vertrauen entgegenbringt, daß man weiß, wo die Staatsverhältnisse es gestatten, wird er helfen. Ich wollte aber auch den Herrn Minister, obwohl er es selbst ausgesprochen, noch einmal daran erinnern, daß es außer Westfalen noch andere Bezirke giebt, welche der Fürsorge der Regierung bedürfen. Außerdem möchte ich Einiges auf die Ausführungen meines verehrten Freundes Sammler bemerken. Er sprach davon, daß, wenn der Herr Minister den westfälischen Industriellen die Ueberproduktion vorgeworfen habe, er eigentlich die Gesetzgebung beschuldige, nicht auf dem rechten Wege zu sein. Dem gegenüber bezeichne ich nur zwei Wege als beschreibbar: die Hilfe der Interessenten oder durch Abänderung der Gesetzgebung die Beilegung der freien Konkurrenz. Ich weiß nicht, ob dieser Gedanke bei ihm bereits weiter gereift ist, daß auf dem Gebiete des Bergbaues irgend eine Hand eingelegt werden soll gegen die freie Konkurrenz. Er selbst ist einer der Männer gewesen, welche Vertheiler der freien Konkurrenz waren, und der gegenwärtige Stand der Gesetzgebung auf diesem Gebiete beruht zum Theil auf der rühmlichen agitatorischen Thätigkeit, welche der Herr Abgeordnete in der Vergangenheit entwickelt hat und ich nehme nicht an, daß er mit dieser rühmlichen Vergangenheit brechen will, indem er eine Perspektive auf eine Gesetzgebung eröffnet, wo von freier Konkurrenz nicht mehr die Rede sein kann. (Sehr wahr!) Wer die elenden Zustände der Bergbauverfassung der Vergangenheit gekannt hat, die unzureichenden und willkürlichen Mittel kennen gelernt hat, mit denen man die Produktion des Bergbaues zu regeln versucht hat, der wird diesem Gedanken fremd sein müssen. Nun sind heute zu Tage die Verhältnisse ganz andere geworden; damals hatte man es mit einem Bergbau und winziger Produktion zu thun und doch verjagten alle Mittel, die darauf gerichtet waren, hier eine Regulierung des wirtschaftlichen Lebens eintreten zu lassen. Wie sollte es möglich sein, dem Eisenbergbau der Gegenwart gegenüber, wo alle Verhältnisse ins Ungemessene gewachsen sind, mit solchen Mitteln gerecht zu werden! Ich kann deshalb nur das andere Mittel als gerechtfertigt ansehen, die Selbsthilfe. Ich meine, gerade in dem westfälischen Bergbau ist eine so große reiche Intelligenz vorhanden, sie haben selbst immer die richtigen Wege zu finden gewußt, daß es ihnen möglich sein wird, sich die richtigen Wege zu bahnen. Was der Herr Minister

andere, wird von vielen Verabredungen bestätigt werden, es wird die Aufgabe sein, die Kosten dadurch zu erniedrigen, daß eine Berücksichtigung der verschiedenen Verhältnisse stattfindet, und ich würde es für erwünscht erachten, wenn die Gesetzgebung nach dieser Richtung hin die Beschlässe erleichterte. Das würde zur wesentlichen Erleichterung des Bergbaues, speziell in Westfalen, beitragen. Ebenso glaube ich, daß der Weg, den man beschritten hat mit Reorganisation der Bergbauverhältnisse, eine Besserung verdient. Es würde mir als ein angemessener Weg erscheinen, den Versuch zu machen, der Produktion gewisse Schranken zu setzen. Meiner Ansicht nach bewegt sich alles das, was aus Westfalen vorgebracht ist, auf gesunder Basis und entspricht gesunden Prinzipien. Ich möchte wenigstens gegen jeden Schritt, der dahin gerichtet ist, die bisherigen freien Prinzipien zu erschüttern oder anzugreifen, hiermit Protest einlegen.

Minister der öffentlichen Arbeiten **Maybach**: Wenn ich den Vorwurf erhoben habe, daß man im Oberbergamtsbezirk Dortmund vielleicht für eine Ermäßigung der Betriebskosten auf anderem Wege hätte besser sorgen können und sollen, so bezieht sich dies auf den Weg, den ich schon im Vorjahre empfohlen habe, den der Konsolidation. Es ist ungewiss, ob das, was eine außerordentlich große Zahl von Einzelwerken vorhanden ist, die Konsolidation der Werke eine ganze Menge von Ersparnissen an Verwaltungs- und Betriebskosten herbeiführt. Diese Besserungen kann die Gesetzgebung vielleicht unterstützen, im wesentlichen aber muß Selbstthätigkeit eintreten, diesen Weg muß ich auch in diesem Jahre empfehlen. Daß man sich bei dem Antrage auf Ermäßigung des Beschlusses, den man bezüglich der Beiträge gefaßt hat, zugleich an den Minister für Handel und Gewerbe gewendet hat, habe ich keineswegs als Mangel an Vertrauen, im Gegenteil für ganz richtig erkannt, da es sich nicht bloß um Interessen des Bergbaues, sondern auch anderer Industrien handelt. Sollen sich die Herren nicht an ihn wenden, so würde ich mich ex officio nicht mit ihm haben in Verbindung setzen müssen. Darin, daß dies also geschehen ist, habe ich in keiner Weise ein Mißtrauen gegen meine eigene Verwaltung erblicken können. Wenn ich in die Lage kommen sollte, diesen Beschluß, wie er dort gefaßt ist, zu bestätigen, so glaube ich, daß darin ein Mittel gefunden sein wird, nur der Ueberproduktion Schranken zu setzen. Die Wirkung des Mittels würde sowohl eine moralische als eine materielle sein. Und wenn der Schwerpunkt sich mehr in der ersten Richtung zeigen würde, so würde mir dies um so lieber sein.

Abg. **Schmieding** (nat.-lib.): Dem Herrn Abg. **Maybach** gegenüber vermute ich mich dagegen, als ob ich eine besondere Bevorzugung für den rheinisch-westfälischen Bergbau wünschte. Gerade die umgekehrten Gründe haben mich geleitet. Ich habe die Empfindung, daß wir in Westfalen durch unseren Bergbau den Eisenbahnen die größten Einnahmen sichern, daß wir aber durch Tarifermäßigungen nicht gerecht berücksichtigt werden. Wir fordern also nur iustitia distributiva. Wenn Herr **Maybach** meint, daß die westfälische Montanindustrie unnatürliche Absatzgebiete habe, wie Böhmen und Lothringen, so kann ich das nicht zugeben; im Gegenteil sind diese Absatzgebiete uns natürlich entstanden. Dem Herrn Minister bin ich für seine Erklärung, bezüglich der Bergwerkseigenschaften sehr dankbar. Wir müssen zu dem Ziele einer größeren Einigung und dadurch zu einer Förderbeschränkung gelangen. Wenn der Abg. **Seelig** glaubt, daß ich durch eine Herabsetzung der Tarife auf Kosten des Staats den Bergbau bereichern wolle, so verkenne ich die Sachlage. Wir verlangen vom Staat keine Unterstützung, aber die Staatsbahnen sind jetzt unser einziger Frachtführer; wir haben dem Staatsbahnsystem zugestimmt und wünschen nun auch Berücksichtigung. Unsere Kohlenverträge können sich allerdings einmal erschöpfen, denn bei den jetzigen Verhältnissen wird ein ganz irrationaler Bergbau betrieben, da nur die allerbesten Stöße bebaut werden, während die anderen liegen bleiben. Aber wir können doch nicht heute Noth leiden, damit unsere Kinderkinder nach tausend Jahren noch einbelegen können.

Ministerialdirektor **Kunze**: Der Herr Abg. Dr. **Hamacher** sollte, statt die Beihilfen als ungenügend zu bezeichnen, lieber die damit verbundene Mühe und Arbeit anerkennen. Wir sind dabei auf das Material angewiesen, welches uns von den Privatbergwerksbesitzern gegeben wird. Diese Tabellen haben eine große volkswirtschaftliche Bedeutung. Verlangen Sie aber von diesen Nachweisungen nicht das Unmögliche. Ich möchte deshalb den Herrn Abg. Dr. **Hamacher** bitten, seinerseits durch Mittheilungen zur Vervollständigung des Materials möglichst beizutragen.

Abg. Dr. **Hamacher**: Den letzten Wunsch des Herrn Oberbergbauamts werde ich gern erfüllen. Ich habe in Betreff der Tabellen nur gesagt, daß ich größere Vollständigkeit in den Grundlagen derselben wünschte und ferner, daß es notwendig sei, um ihren Werth zu erhöhen, dieselben für alle Zukunft auf denselben Grundlagen aufzubauen. Die Bemerkung des Regierungskommissars, daß die Tabellen, soweit sie die Verhältnisse der Arbeiter betreffen, keinen Anspruch machen können auf Vollständigkeit, acceptire ich als Bestätigung meiner Auffassung. Ich möchte daher meinen Wunsch nach Vervollständigung dieser Tabellen wiederholen. Es steht unter andern die Angabe der Löhne der bei dem Bergbau beschäftigten Arbeiter.

Darauf auch ich ein Mißverständnis meines hochverehrten Freundes **Maybach** aufklären. Derselbe hat angenommen, daß ich mich für die Beschränkung der Bergbaufreiheit in Preußen ausgesprochen hätte. Das ist nicht der Fall, denn ich halte diese Freiheit für das allein Richtige zur wirtschaftlichen Hebung der mountainen Interessen. Ich kam überhaupt auf die Erwägung der Möglichkeit, daß man durch die Gesetzgebung die Bergbaufreiheit aufheben konnte, lediglich durch die Hervorhebung des Grundfals, daß man, um der herrschenden Ueberproduktion entgegenzutreten, welche der Minister zum Ausgangspunkt eines Vorschlusses für die Industriellen machte, entweder die Selbstthätigkeit der Interessenten walten lassen müßte, oder aber die Gesetzgebung eintreten müßte. Was ich unter diesen beiden Mitteln für das Stillschalten halte, darüber kann nach meiner Meinerung kein Zweifel bestehen. Ich vertrete nach wie vor den Standpunkt, daß speziell meine Landsleute in Rheinland und Westfalen, wie in der Vergangenheit, so auch in der Gegenwart und Zukunft es verstehen werden, so weit es möglich ist, durch eigene Intelligenz und Energie über alle Schwierigkeiten hinwegzukommen. Aber auf Erfolg ist dabei nur dann sicher zu rechnen, wenn es keinen Zweifel unterliegt, daß die Regierung solche Bestrebungen in wohlwollender Weise unterstützt. Der Minister hat darauf hingewiesen, daß eine Konsolidation der jetzigen Erschütterung des Grubenbesitzes heilam der Ueberproduktion entgegenzutreten könnte; aber ein Haupthinderniß der Konsolidation ist die Bestimmung des Berggesetzes, daß bei allen zu konsolidierenden Gewerkschaften 3/4 Majorität der Beteiligten erforderlich ist, um eine Konsolidation zu Stande zu bringen. Möge es doch der Minister einmal zum Gegenstande seiner Erwägungen machen, ob denn diese 3/4 Majorität wirklich eine *conditio sine qua non* aller Konsolidationen ist. In den Kreisen der Interessenten besteht eine beartige Anschauung nicht.

Was das Verhältniß der Eisenbahnen zum Bergbau betrifft, so bin ich klar der Ueberzeugung, daß, wenn der Bergbau des Staates zum Erliegen kommt, darunter in erster Linie die Interessen der Staatsbahnen leiden. Es ist eine irrige Meinung, anzunehmen, daß die Herabsetzung der Tarife überall zur Schädigung der Eisenbahnenüberschüsse der Staatsbahnen führt. Wenn die Eisenbahn im Interesse der Industrie einige Opfer bringt, so würden diese durch Vermehrung der Transporte wieder ausgeglichen werden.

Abg. Dr. **Seelig** (frz.): Wenn wir gegen das Staatsbahnsystem waren, so geschah dies besonders aus dem Grunde, um den Staat davon zu schützen, daß Einzelinteressen zum Nachtheil des ganzen Staates besonders berücksichtigt werden.

Der Titel wird bewilligt.

Zu Titel 5: Salzwerkentnahmen (gegen das vorige Jahr weniger 611 670 M.) bemerkt

Abg. **Symula** (Centr.): daß das Defizit bei den Salzwerken besonders durch fremde Konkurrenz vermindert sei. Besonders käme die russische Konkurrenz in Frage. Während früher viel Salz aus Preußen nach Bessarabien gegangen sei, werde jetzt der dortige Bedarf durch einheimisches Produkt gedeckt. Ferner wünscht er, daß bei Vertheilungen von Vieh- und Düngsalz festsitzende landwirtschaftliche Vereine der Betrag nicht immer gleich im Voraus bezahlt werden müßte.

Geheimrath Freund: Die Ursachen des Zurückgangs des Exportes preussischen Salzes nach Rußland sind von der Regierung sorgfältig erwogen worden. Es ist namentlich der hohe Zoll, der diesen Abgang bewirkt hat. Dieser Zoll kommt in seiner Höhe fast einem Prohibitivzoll gleich.

Der Titel wird bewilligt.

Zu Titel 9: Einnahme aus Werken, welche mit anderen Staaten gemeinschaftlich betrieben werden.

Abg. Dr. **Wendt** (frz.): Die schlechte Lage der deutschen Kupferproduktion hat im vorigen Jahre den Abg. v. **Schorlemer** bewogen, für Einführung eines Kupferzolles zu sprechen. Besonders im Mansfelder Kreise ist nun die Nothlage eine immer größere geworden. Dort war die Belegschaft Anfang 1886 noch 17 428 Mann und zu Ende des Jahres nur noch 16 353. Nun wird feldend der rheinischen Interessenten lebhaft gegen diesen Kupferzoll protestirt. Der Import von Kupfer ist aber derart gewachsen, daß ein Zoll unbedingt nöthig ist. Es handelt sich dabei um ein vitales Interesse zweier Kreise der Monarchie, um das Wohl von 50 000 Leuten aus der arbeitenden Klasse. Es wäre traurig für Preußen, wenn diese arbeitende Bevölkerung Noth litten, die den Wohlstand Preußens seit Jahrhunderten vermehrt und sich noch immer von allen sozialdemokratischen Verführungen frei gehalten hat. Ein Zoll von 6 M. pro 100 Kilogramm dürfte selbst der Kupfer verarbeitenden Industrie keinen Schaden thun. Ich möchte daher die Regierung bitten, im Bundesrath auf Einführung dieses Zolles hinzuwirken zu wollen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Katorp** (nat.-lib.): Diese Frage wird im demnächst zusammen tretenden Reichstag entschieden werden müssen. Ich will nur bemerken, daß der Zoll der Kupfer fördernden Arbeiter nicht den fünffachen Zoll derjenigen gegenüber steht, welche Kupfer verarbeiten und auf das ausländische Kupfer angewiesen sind, schon weil das deutsche in seiner Qualität nicht genügt.

Der Titel wird bewilligt.

Zu Titel 13 (Bergwerksabgaben) schlägt

Abg. Dr. **Schulz** (Bochum, nat.-lib.) vor, um die Konsolidationsbeschlässe leichter ausführbar zu machen, zu bestimmen, daß man von der Dreiertheil-Mehrheit in der zweiten Versammlung, wenn die erste Versammlung nicht beschlußfähig war, abgehen und an deren Stelle entweder die einfache Mehrheit aller Antheile oder die Dreiertheil-Mehrheit der vertretenen setzen dürfe.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest der Einnahmen.

Zu den Ausgaben Kap. 14, Tit. 1 (Beamte der Bergwerksdirektion Saarbrücken) empfiehlt

Abg. **Olsen** (ul.): die Wünsche der Unterbeamten dem Wohlwollen des Ministers. Es handelt sich namentlich um die Steiger und Untersteiger. Sie wünschen einerseits eine materielle Besserstellung, die gewiß gerechtfertigt wäre und die Verleihung der Beamtenqualifikation.

Minister **Maybach**: Ich habe wiederholt an erkennen gegeben, daß mir das Wohl der Beamten sehr am Herzen liegt. Es ist mir eine Petition der Unterbeamten aus Saarbrücken zugegangen, welche die vom Redner angegebenen Wünsche enthält. Was die materielle Besserstellung betrifft, so würde sie unsere Finanzen erheblich tangiren, zumal die Gehaltsverbesserung doch nicht auf Saarbrücken beschränkt bleiben könnte. Die Verleihung der Beamtenqualifikation hat erhebliche Schwierigkeiten, und wir dürfen wegen der entgegenstehenden Bedenken nur mit sehr reiflicher Ueberlegung an diese Frage herangehen. Indes, wenn die Erfüllung der Wünsche auch mit allen Traditionen brechen würde, so werden sie doch wohl Entgegenkommen finden, und was sich irgend thun läßt, werde ich thun. (Beifall.)

Abg. **Schumann** (Centr.) wünscht die Besserstellung aller technischen Bergwerksbeamten und Verleihung der Beamtenqualifikation auf dieselben. Dies würde der beste Donum gegen das Unzufriedenheit der Sozialdemokratie unter denselben sein, und die Beamten würden als königliche Beamte sicherlich auch mehr leisten.

Der Titel wird bewilligt.

Zu Titel 13 (Zuschüsse für Knappschaftskassen) spricht

Dr. **Katorp** (ul.): seine Vertheilung darüber aus, daß die Regierung den Wünschen der Knappschaftskassen auf Unterstützung entgegenkomme und so die ihnen aus dem Unfallversicherungsgesetz entfallende Befähigung erleichtere.

Der Titel wird bewilligt.

Zu Kapitel 22 Titel 5 (Zur Ausführung von Bohrarbeiten) wünscht

Abg. **Schulz** (Bochum) eine Tiefbohrung im ministerlichen Beften. Derselbe würde Klarheit über die Stärke des westfälischen Kohlenlagers ergeben und vielleicht auch Steinsalz- und Kalilager erschließen.

Abg. von **Schorlemer-Mst** (Centr.) ist bereit, dem Wunsche des Boreschners beizutreten, verspricht sich aber nicht viel von dem Resultate der Bohrungen.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest der dauernden Ausgaben.

In den einmaligen Ausgaben werden in Tit. 2 (zur Herstellung einer Stationsstation für Kanalkanalisation in Staßfurt) 350 000 M. verlangt. Dazu liegt eine Petition der Staßfurter Chemischen Fabrik u. a. vor, betreffend die Bewilligung von 350 000 M. zum Bau einer Kanalkanalisation. Die Kommission beantragt, die Petition der Regierung in der Richtung zur Erwägung zu überweisen, daß bei der Errichtung der Station die Interessen der betreffenden Chloralkalifabrik nach Möglichkeit gesichert werden.

Abg. **Bürre** (nat.-lib.) hebt hervor, daß es nicht Aufgabe des Staates sein könne, durch Anlage der Stationsstation den bereits bestehenden Kanalfabriken Konkurrenz zu machen, und glaubt auch nicht, daß es auf dem vorgeschlagenen Wege gelingen werde, die städtischen Interessen gegen die private Konkurrenz zu sichern.

Abg. Graf **Rumburg-Stirum** (kons.) empfiehlt Annahme der Petition, namentlich im Interesse der Bauwirtschaft. Es sei für diese von höchster Bedeutung, bei der Beschaffung des Kalis nicht von den Fabriken allein abhängig zu sein.

Abg. Dr. **Windthorst** (Centr.) hält es nicht für richtig, daß der Staat neue Betriebe übernehme. Wo der Staat Bergwerke besitze, solle er nur das Rohmaterial fördern, dessen Bearbeitung aber der Privatindustrie überlassen. Vielleicht würde es sich sogar empfehlen, wenn der Staat auch den Betrieb seiner Bergwerke zum Theil Privatnen übergäbe.

Abg. von **Schorlemer-Mst** entgegnet hierauf, daß es sich nicht um einen Staatsbetrieb handle, sondern um die bessere Vornahme eines bereits bestehenden. Ueberhaupt sei es zu bedauern, daß die Kanalfabrikation früher gänzlich Privatnen überlassen worden sei; der Staat hätte vielmehr diese Industrie im Interesse der Bauwirtschaft vollständig in seine Hand nehmen müssen. (Sehr richtig! rechts.) Unter dem jetzigen Minister (**Maybach**) wäre jenes sicherlich nicht möglich gewesen. (Sehr richtig! rechts.) Bei Annahme der Petition sei man auf dem Wege, einen Irrweg zu fertigen, auf dem man sich bisher befunden habe. Gegen Annahme der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution will Redner nichts einwenden, da diese doch nur ein papierenes Pflaster auf die Wunde sei, die man den Petenten schlage. (Beifall rechts.)

Abg. **Berger** (Mitlen) tritt ebenfalls für die Petition und zugleich für die Resolution der Kommission ein.

Geheimrath **Freund** betont, daß die Anlage der Stationsstation durchaus notwendig sei, falls die staatlichen Werke in Staßfurt gegenüber den privaten überhaupt konkurrenzfähig erhalten werden sollten.

Die Petition wird bewilligt, ebenso der Antrag der Kommission.

Damit ist dieser Etat erledigt.

Die Etats des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses werden ohne Debatte angenommen.

Die Tagesordnung ist hiermit erledigt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Schnellbahngesetz, Gesetz betreffend den Erwerb weiterer Privatbahnen für den Staat.)

Schluß 4 Uhr.

Alltliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem General-Major a. D. von **Rehmann**, bisher Kommandeur der 27. Infanterie-Brigade, den Rotten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Major a. D. **Meier**, bisher Kommandeur des Dispensirlichen Train-Bataillons Nr. 1, dem Hauptmann **Koch** im Pommerischen Jäger-Bataillon Nr. 2, dem Militär-Intendantur-Rath **Stein** von **Kamienki**, bisher Vorstand der Intendantur der Kavallerie-Division des

I. Armeekorps, dem Major **Kant** an der evangelischen Pfarrkirche zu Bromberg, dem Ingenieur **Richard** von **Schäfer**-**Freuenfeld**, zur Zeit in London, dem Rittergutsbesitzer Dr. phil. **Heimann** auf **Wieschütz** im Kreise **Kosel**, und dem Steuerinspektor 1. Klasse a. D. **Schmidt** zu **Berncastel** den Rotten Adlerorden vierter Klasse; dem Superintendenten an der evangelischen Kirche zu Bromberg, den königlichen Kronenorden dritter Klasse; dem Kirchenältesten, Kaufmann **Arndt** daselbst, den königlichen Kronenorden vierter Klasse; dem emeritirten Lehrer **Brandtner** zu **Rehnen** im Kreise **Mohrungen** den Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von **Hohenollern**; sowie dem Sergeanten **Bordt** im 8. Preussischen Infanterie-Regiment Nr. 45, und dem Gefreiten **Schiele** im 8. Garde-Mann-Regiment die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Admiral Reich Preken.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: die Gerichts-Ässoren Dr. **Worrot**, **Gerholz**, **Schwarzer**, **Meier**, **Schäufert**, **Reiche** und Dr. **Kraut** zu **Ambrichsen** zu ernennen; sowie dem Fabrikbesitzer **Reinhold Franz** zu **Seidenberg** im Kreise **Rauben** den Charakter als Kommerzien-Rath zu verleihen.

Dem hieser bei dem Bau des Ems-Jade-Kanals beschäftigten Wasser-Bauinspektor **Hermann Dannenberg** ist die Wasser-Bauinspektorstelle in **Emden** verliehen worden.

Zur Wahlbewegung.

München, 9. Februar. Gestern begab sich eine Deputation der hiesigen sozialdemokratischen Partei zu Herrn Reichsrath **Ruppert**, Kandidat für den Reichstagswahlkreis München I., demselben die Bitte vorlegend, er möge die Ueberlassung eines der Schranzenpavillone zu Wahlerversammlungen erwirken. Der Herr Reichsrath konnte keine bestimmte Zusicherung geben, und das Gesuch wird in der Magistrats-Sitzung beantwortet werden. Im Laufe des Gespräches äußerte, wie in mehreren Zeitungen gemeldet wird, die Deputation, daß, wenn der Schranzenpavillon nicht abgetheilt würde, dieser Tage auf dem Residenzplatz wieder eine öffentliche Versammlung, und zwar bei Nacht, beabsichtigt sei.

Kärntenwälder, 10. Februar. Kammergerichtsrath **Schröder** ist gestern als Kandidat der deutsch-freiknigen Partei für den Wahlkreis **Frankfurt** publizistisch proklamiert worden.

Wien, 10. Februar. Seitens der freiknigen Partei ist dem Septennats-Kandidaten, Regierungspräsidenten v. **Wurm**, der Rechtsanwalt **Gustav Kaufmann** aus **Berlin** gegenübergestellt worden.

aus **Württemberg**. Zwei Männer von Ruf haben jüngst der Opposition den Abgang geschrieben: Kommerzienrath **Reidel** in **Heilbronn**, 1868 Mitglied des Reichstags und der „liberalen Fraktion“, welcher für Freiherrn v. **Schillingen** untergeordnet hat, und **Wolff**, welcher, 86jährig, an 3 Zimmer gesesselt, im „Staats-Anzeiger“ offen für die Annahme des Septennats eintritt und ankündigt, daß er sich am Wahltage an die Urnen führen lassen wird, um für Siele zu stimmen.

Telegraphische Depeschen.

Continental-Telegraphen-Compagnie (früher Wolff's Telegraphisches Bureau).

Frankfurt a. M., Freitag, 11. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Min.

Einfluß.

(Schluß-Course.)	E. v. 10.	E. v. 10.
Londone Wechsel	20,38	20,37
Pariser do.	80,80	80,25
Wiener do.	159,05	158,95
Reichsbank	104,00	104,10
Röhm. Mob. Pr.-A.	—	—
Deffert. Silber.	63,90	63,90
do. Papierrente	61,80	61,80
do. 5% Papierrente	—	—
do. 4% Goldrente	87,40	87,00
1860er Rente	111,10	110,70
1864er Rente	275,00	273,00
4% ungar. Goldr.	76,90	76,70
do. Staatsloose	208,80	—
Stallener	93,20	92,80
1860er Rente	78,80	79,00
11. Orientanleihe	55,20	55,20
11. Orientanleihe	55,10	55,20

Sparg. serbische Rente 77,30, neue Serben 75,50, 5proz. portug. gleitende Anleihe 88,90, Buenos-Ayres 83,40.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 213,4, Franzosen 189,4, Galizier 157,4, Lombarden 71, Ägypter 70,40, Diskonto-Kommandit 185,50.

Köln, Freitag, 11. Februar, Nachmitt. 1 Uhr. Getreide-markt. Weizen loco hiesiger 17,75, fremder loco 18,25, März 16,95, Mai 17,60. Roggen loco hiesiger 14,50, März 13,05, Mai 13,40. Hafer loco 14,75. Rüböl loco 24,00, Mai 23,80.

Stettin, Freitag, 11. Februar, Nachmitt. 1 Uhr. (Getreide-markt.) Weizen unverändert, loco 159—167, April-Mai 166,50, Mai-Juni 168,00. Roggen unverändert, loco 121—126, April-Mai 128,50, Mai-Juni 129,00. Rüböl unverändert, April-Mai 45,00. Spiritus fest, loco 55,80, Febr. 55,80, April-Mai 56,50, Juni-Juli 57,80. Petroleum loco 11,40.

Posen, Freitag, 11. Februar. Spiritus loco ohne Faf. 34,80, Febr. 34,80, April-Mai 35,70, Juni 36,70. — Tendenz: Fest.

Breslau, Freitag, 11. Februar, Nachm. Ziemlich fest.

(Schluß-Course.)	E. v. 10.	E. v. 10.
Deffert. Banknoten	158,95	158,95
Russ. Banknoten	183,90	183,75
Deffert. Goldr.	—	—
4% ungar. Goldr.	77,25	76,90
1860er Rente	79,25	78,75
1864er Rente	92,50	92,10
11. Orientanl.	55,00	55,35
Stallener	93,35	94,00

Leipzig, Freitag, 11. Februar.

(Schluß-Course.)	E. v. 10.	E. v. 10.
3proz. sächs. Rente	90,40	90,25
4proz. „ „ „	103,90	104,00
Banknoten	121,50	121,00
do. „ „	81,75	81,80
Böhm. Nordbahn	98,00	98,00
Grz.-Köflach	88,00	88,00
Reipziger Kredit	164,75	164,75
Reipziger Bank	130,00	129,00

Wien, Freitag, 11. Februar, Nachm. Schwach, geschäftlos.

(Schluß-Course.)	E. v. 10.	E. v. 10.
Deffert. Banknoten	78,20	78,05
do. 5% Papierrente	97,00	97,00
do. Silberrente	80,25	80,25
4% Goldrente	109,80	109,40
do. ungar. Goldr.	96,90	96,50
5% ungar. Wapier.	87,20	87,00
1864er Rente	125,50	125,50
1860er Rente	132,00	131,50
1864er Rente	165,00	164,00
Kreditloose	173,50	173,50
ung. Prämienloose	116,50	116,50
Kreditaktien	271,80	270,50
Franken	238,20	238,75
Lombarden	90,00	90,25
Galizier	197,50	196,50
Emb.-Gzeru.-Zaff.	212,25	210,25
Nordbahn	153,00	154,00
Nordwestbahn	159,50	159,50
Elisenbahn	151,25	150,75
Elisenbahn	—	—

London, Freitag, 11. Februar, Nachm. 12 Uhr 50 Min. 1873er Rufen 91, 5proz. priv. Ägypter 93, 4proz. unis. Ägypter 70,4.

Verantwortliche Redakteur: **H. Dornburg** in Berlin.

Für die auf die deutschen politischen Angelegenheiten bezüglichen Theile: **E. G. Köhner** in Berlin.

Druck und Verlag der National-Zeitung Dr. **J. Salomon** in Berlin.